

Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2011

Die wichtigsten Ergebnisse

Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2011 in Niedersachsen bei 15,2 %. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme um 0,7 Prozentpunkte¹⁾. Niedersachsen lag damit im Bundestrend: Für Deutschland insgesamt wurde eine Quote von 15,1 % und eine Zunahme von 0,6 Punkten gegenüber 2010 gemessen.

Die Quote der relativen Armutsgefährdung weist zwischen den Bundesländern große Unterschiede auf (vgl. Tab. 1). Im Jahr 2011 wurde, wie schon im Vorjahr die niedrigste Quote in Thüringen gemessen (11,3 %). Am höchsten war sie, ebenfalls wie schon 2010, im Stadtstaat Hamburg (18,0 %). In 13 von 16 Bundesländern musste im Vorjahresvergleich eine mehr oder weniger starke Zunahme der Armutsgefährdung registriert werden. Die stärksten Zunahmen von mehr als einem Punkt gab es im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Nur in drei Ländern (Bremen, Sachsen und Thüringen) gab es Abnahmen.

Im längerfristigen Vergleich bietet sich das Jahr 2005 als Ausgangspunkt an²⁾: In diesem Vergleich über sieben Jahre ist auf den ersten Blick eine Stagnation der Armutsgefährdung festzustellen, denn seinerzeit lag sie mit 15,1 % nur 0,1 Punkte niedriger als 2011. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass der langjährige Trend zur sozialen Spaltung, der von 2005 bis 2010 aufgehalten und zum Teil sogar umgekehrt worden war, sich im vergangenen Jahr wieder durchgesetzt hat.

Die Reichtumsquote blieb in Niedersachsen im Jahresvergleich mit 7,3 % unverändert. (vgl. Tab. 2). Sie blieb damit deutlich geringer als die bundesdurchschnittliche Reichtumsquote von 8,1 %. Die höchste Reichtumsquote wurde 2011 wie schon in den Vorjahren mit 9,8 % in Hamburg gemessen; es folgten Bremen und Berlin mit jeweils 9,3 %. In den ostdeutschen Flächenländern war der Reichenanteil deutlich niedriger, vor allem in Sachsen-Anhalt mit nur 5,2 %.

1) Die Veränderungen von Prozentwerten werden üblicherweise in „Prozentpunkten“ gemessen. Prozentpunkte entstehen durch Subtraktion des alten vom neuen Prozentwert. Beispiel: Eine Veränderung von 14,5 % auf 15,2 % bedeutet eine Zunahme von 0,7 Prozentpunkten. Im Folgenden wird kürzer von „Punkten“ gesprochen. - 2) 2005 traten die Hartz IV-Reformen in Kraft und damit unter anderem die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für erwerbsfähige Leistungsberechtigten zum „Arbeitslosengeld II“. Zugleich erfuhr der Mikrozensus, die Datengrundlage der Armutsberichterstattung, zufällig in demselben Jahr eine tiefgreifende Umgestaltung, so dass methodisch völlig vergleichbare Daten von 2005 bis 2011 vorliegen. Selbstverständlich gab es auch vor 2005 Untersuchungen zur Armutsgefährdung in Niedersachsen und in Deutschland mit einer ähnlichen Methodik. In Niedersachsen reichen die entsprechenden Zeitreihen bis in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Alle entsprechenden Studien konstatierten übereinstimmend eine Zunahme der Armutsgefährdung, oft parallel begleitet mit einer gleichzeitigen Zunahme des Reichtums, bis 2005.

Methodische Erläuterungen

Die amtliche Sozialberichterstattung misst das Ausmaß an Armutsgefährdung ausschließlich anhand der Einkommensarmut. Andere Aspekte von Armut (Vermögensarmut, Bildungsarmut, Kontaktarmut usw.) bleiben unberücksichtigt. Streng genommen wird nicht direkt die Armut, sondern das Ausmaß der Ungleichverteilung von Einkommen gemessen. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein gewisser Einkommensmindeststandard gegeben sein muss, damit eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht ist bzw. soziale Exklusion vermieden werden kann.

Als „armutsgefährdet“ gilt, wer über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verfügt („bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“; Berechnung nach neuer OECD-Skala; Durchschnittsmaß: Median). Maßgeblich ist immer das Netto-Gesamteinkommen des gesamten Haushalts. In dieses Einkommen gehen alle Einkünfte aller Haushaltsmitglieder ein, also nicht nur Erwerbs- und Vermögenseinkünfte, sondern z. B. auch Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen. Analog gilt als „reich“, wer über mehr als das doppelte des Durchschnittseinkommens verfügt.

Maßgeblich als Referenzmaßstab ist in den hier dargestellten Tabellen immer das Durchschnittseinkommen der jeweiligen Region (= „Regionalkonzept“): Die 60 %-Schwelle der Armutsgefährdung in Niedersachsen bezieht sich also auf die niedersächsischen Durchschnittseinkommen. Analog bezieht sich z. B. die Armutsschwelle in Hannover auf den hannoverschen Durchschnitt, die hessische Armutsschwelle bezieht sich auf den hessischen Durchschnitt, die gesamtdeutsche auf den Deutschland-Durchschnitt etc. Es werden auch Armutsgefährdungsindikatoren auf Basis des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens (vgl. www.amtliche-sozialberichterstattung.de) berechnet. Diese können aber regional unterschiedliche Preisniveaus nicht berücksichtigen – der Euro hat in München, Frankfurt und Stuttgart eine geringere Kaufkraft als in Ostfriesland – und tendieren daher dazu, das Ausmaß der Armut in Regionen mit relativ geringen Durchschnittseinkünften zu über- und dafür die Armut in „reichen“ Regionen zu unterschätzen.

Die Berechnungen werden auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus durch it.nrw, dem Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalens, für alle Länder und Regionen Deutschlands durchgeführt. Die Methoden dafür wurden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung entwickelt und vereinbart. Zeitlich und regional völlig vergleichbare Daten stehen damit seit dem Berichtsjahr

1. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ 2005 bis 2011 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 gg. 2005	Veränderung 2011 gg. 2010
	%							% - Punkte	
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,7	+ 0,9	+ 0,7
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,2	+ 0,2	+ 0,4
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	- 0,6	+ 1,3
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	14,1	- 0,2	+ 0,5
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	- 0,3	- 0,3
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	18,0	+ 0,6	+ 0,6
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6	15,2	- 0,1	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,9	- 0,7	+ 0,5
Niedersachsen	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,2	+ 0,1	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,8	+ 1,2	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,1	+ 0,8	+ 0,4
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,8	+ 1,2	+ 1,4
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,7	- 1,0	- 0,3
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	- 0,7	+ 0,7
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,4	+ 0,9	+ 0,2
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,3	- 1,9	- 1,2
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1	+ 0,4	+ 0,6

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2. Einkommensreichtumquoten¹⁾ 2005 bis 2011 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 gg. 2005	Veränderung 2011 gg. 2010
	%							% - Punkte	
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,3	7,3	7,5	7,4	7,5	+ 0,2	+ 0,1
Bayern	7,9	7,8	8,1	7,9	7,9	7,9	8,0	+ 0,1	+ 0,1
Berlin	9,2	9,5	9,1	9,2	9,3	9,0	9,3	+ 0,1	+ 0,3
Brandenburg	6,4	5,9	5,6	5,6	5,8	6,5	7,0	+ 0,6	+ 0,5
Bremen	9,5	8,7	7,1	7,5	8,3	8,9	9,3	- 0,2	+ 0,4
Hamburg	9,1	9,2	9,7	9,8	10,2	10,1	9,8	+ 0,7	- 0,3
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9	8,8	+ 0,3	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	5,5	5,3	5,3	5,5	6,1	5,5	+ 0,2	- 0,6
Niedersachsen	7,4	7,4	7,0	7,1	7,4	7,3	7,3	- 0,1	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6	8,5	+ 0,5	- 0,1
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4	8,2	+ 0,9	- 0,2
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6	6,7	- 0,1	+ 0,1
Sachsen	4,3	4,7	4,4	4,4	4,9	5,3	5,4	+ 1,1	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	4,9	4,8	4,6	4,5	5,3	5,2	5,2	+ 0,3	+ 0,0
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	6,8	7,5	7,3	7,8	7,2	+ 0,0	- 0,6
Thüringen	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	5,2	5,5	+ 1,1	+ 0,3
Deutschland	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	8,1	8,1	+ 0,4	+ 0,0

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2005 zur Verfügung. Diese erstellen darüber hinaus auch gemeinsame Berichte über die soziale Mindestsicherung (Anzahl und Struktur der Bezieher staatlicher Mindestsicherungsleistungen: Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Leistungen an Asylbewerber). Unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de werden die entsprechenden Informationen zur Verfügung gestellt.

Umgang mit Antwortausfällen bei Einkommensangaben

Die Datengrundlage, der Mikrozensus, wurde im Jahr 2011 noch einmal in einem wichtigen Punkt verbessert. Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, die bei 1 Prozent der Haushalte Deutschlands ein umfangreiches Fragenprogramm erhebt. Dabei besteht zwar grundsätzlich eine Auskunftspflicht, trotzdem aber kommt es immer wieder zu Antwortausfällen bei einzelnen Punkten (sog. Item-Non-Response). Gerade bei Fragen nach dem Gesamteinkommen des Haushalts reagieren viele Berichtspflichtige sensibel. Bundesweit traten bei etwa acht von hundert Haushalten hier Antwortausfälle auf; in Niedersachsen war die Ausfallquote geringer. Durch gezielte Bemühungen der Interviewer gelang es 2011, die Ausfallquoten erheblich zu senken: Bundesweit lagen sie nur noch bei etwa sechs von Hundert, in Niedersachsen sogar nur bei vier von Hundert.

Imputationen fehlender Einkommensangaben wurden nicht vorgenommen. Die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens und der Armutsgefährdungsquoten erfolgt immer nur auf Basis der tatsächlich erteilten Auskünfte der Berichtspflichtigen über ihr Einkommen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Einkommensstruktur der Haushalte ohne Einkommensangabe sich insgesamt nicht signifikant von der Gesamtstruktur unterscheidet. Dennoch scheint es so zu sein, dass Antwortausfälle stärker im unteren und oberen Bereich der Einkommensskala, seltener aber bei den mittleren Einkommen, auftreten.

Die Veränderung der Armutsgefährdungsquoten von 2010 zu 2011 kann in einzelnen Ländern geringfügig durch die Verringerung der Zahl der Antwortausfälle beeinflusst worden sein. Für das Bundesergebnis und für Niedersachsen kann ein solcher Effekt ausgeschlossen werden – die Ergebnisse sind nur noch ein Stück zuverlässiger und aussagekräftiger geworden, als sie es ohnehin schon waren.

Armutsgefährdungsschwelle bei 839 Euro

Das Nettoäquivalenzeinkommen lag 2011 in Niedersachsen bei ca. 1 398 Euro und die Schwelle der Armutsgefährdung dementsprechend bei 839 Euro (Tab. 3). Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen lag in Niedersachsen

3. Armutsgefährdungsschwellen¹⁾ für Einpersonenhaushalte nach Bundesländern

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 gg. 2010
	€							%
Baden-Württemberg	800	811	831	856	871	895	925	+ 3,4
Bayern	787	796	817	846	859	892	914	+ 2,5
Berlin	692	704	721	731	742	766	779	+ 1,7
Brandenburg	661	677	701	734	749	777	794	+ 2,2
Bremen	662	668	711	726	746	775	778	+ 0,4
Hamburg	762	787	812	845	871	903	913	+ 1,1
Hessen	781	786	815	828	845	872	897	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	615	626	633	654	677	696	718	+ 3,2
Niedersachsen	730	731	752	768	790	812	839	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815	833	+ 2,2
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843	868	+ 3,0
Saarland	701	707	720	762	765	809	833	+ 3,0
Sachsen	653	668	677	698	706	726	736	+ 1,4
Sachsen-Anhalt	630	640	655	677	694	725	742	+ 2,3
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851	881	+ 3,5
Thüringen	640	654	673	699	713	736	759	+ 3,1
Deutschland	736	746	764	787	801	826	848	+ 2,7

Berechnung: IT.NRW

1) 60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

4. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ für Niedersachsen nach soziodemografischen Merkmalen (Regionalkonzept)

Merkmal	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 gg. 2005
	%							%-Punkte
Insgesamt	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,2	+ 0,1
Alter								
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	20,1	- 0,1
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	22,2	- 3,7
25 bis unter 50	14,1	13,4	13,7	13,8	13,5	13,3	13,6	- 0,5
50 bis unter 65	10,7	10,0	10,5	10,6	11,0	11,1	12,0	+ 1,3
65 und älter	12,2	11,3	12,1	12,0	12,4	12,2	14,1	+ 1,9
Geschlecht								
Männlich	14,6	13,9	14,1	14,1	14,0	14,0	14,4	- 0,2
Weiblich	15,7	14,7	15,3	15,3	15,2	15,0	15,9	+ 0,2
Alter und Geschlecht								
Männlich								
18 bis unter 25	24,0	21,3	22,0	21,9	21,3	22,1	22,2	- 1,8
25 bis unter 50	13,8	13,0	13,2	13,0	12,9	12,8	12,7	- 1,1
50 bis unter 65	10,6	9,9	10,4	10,7	10,8	11,1	11,7	+ 1,1
65 und älter	10,1	9,7	9,8	9,6	10,0	10,3	11,5	+ 1,4
Weiblich								
18 bis unter 25	27,8	23,9	24,6	25,2	24,1	25,7	22,1	- 5,7
25 bis unter 50	14,4	13,7	14,2	14,5	14,1	13,8	14,5	+ 0,1
50 bis unter 65	10,8	10,1	10,5	10,5	11,2	11,0	12,2	+ 1,4
65 und älter	13,8	12,6	13,9	13,9	14,3	13,7	16,2	+ 2,4
Haushaltstyp²⁾								
Einpersonenhaushalt	22,9	21,0	23,5	23,5	23,3	22,7	24,9	+ 2,0
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	7,6	7,8	7,4	7,8	8,0	8,7	+ 0,0
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,5	7,9	8,1	7,7	8,7	7,6	- 2,1
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	38,5	40,6	42,3	41,5	39,9	44,2	+ 6,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	10,2	9,7	10,3	10,3	9,0	9,5	- 0,4
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	11,4	11,2	9,7	9,8	9,7	10,0	- 1,8
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	29,4	29,2	28,4	24,7	26,7	26,8	- 2,3
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	17,2	17,6	18,9	20,6	19,3	18,6	- 1,7
Erwerbsstatus³⁾								
Erwerbstätige	7,0	6,6	6,9	7,2	7,2	7,4	7,5	+ 0,5
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	9,0	7,8	7,4	8,5	8,0	8,4	8,5	- 0,5
Abhängig Erwerbstätige	6,7	6,5	6,9	7,0	7,1	7,3	7,4	+ 0,7
Erwerbslose	49,3	47,0	55,8	56,2	52,9	52,3	56,7	+ 7,4
Nichterwerbspersonen	18,5	17,8	18,4	18,6	18,8	18,7	20,3	+ 1,8
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ⁴⁾	11,2	10,5	11,4	11,5	12,0	12,2	14,1	+ 2,9
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	20,3	20,2	20,2	20,0	19,5	20,2	- 0,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	28,2	30,0	31,1	31,9	32,1	35,0	+ 5,7
Qualifikationsniveau⁵⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)								
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	32,4	34,9	35,9	36,0	35,7	38,5	+ 4,1
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,3	12,9	12,9	12,8	12,8	13,5	+ 0,8
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8	4,2	4,4	4,3	4,7	4,9	+ 0,2
Qualifikationsniveau⁵⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)								
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	23,2	24,6	25,4	26,0	26,2	28,9	+ 4,0
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	9,5	10,1	10,1	10,2	10,1	11,0	+ 1,2
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,0	5,2	+ 0,0
Staatsangehörigkeit								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	35,5	- 7,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	13,7	+ 0,6
Migrationshintergrund⁶⁾								
Mit Migrationshintergrund	33,2	32,1	32,2	31,3	29,7	29,1	28,9	- 4,3
Ohne Migrationshintergrund	11,7	10,9	11,3	11,4	11,5	11,5	12,2	+ 0,5

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. - 2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt. - 3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO). - 4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension. - 5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Geringqualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher. - 6) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

etwas niedriger als im Bundesgebiet insgesamt (1 413 Euro). Deutlich niedrigere Einkommen gab es in Ostdeutschland, deutlich höhere in Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg. Der niedersächsische Wert liegt in etwa gleichauf mit Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz.

Gegenüber dem Vorjahr stieg das Nettoäquivalenzeinkommen in Niedersachsen, entsprechend auch die Armutsgefährdungsschwelle um + 3,3 %. Dieser Einkommenszuwachs war etwas höher als der entsprechende Bundeswert und lag klar über der Inflationsrate: Der Verbraucherpreisindex für Niedersachsen legte im gleichen Zeitraum nur um 2,3 % zu.

Die Armutsgefährdungsquote bliebe unverändert, wenn diese Einkommenszuwächse zwischen „oben“ und „unten“ gleich verteilt wären. Sie würde sinken, wenn die Einkommenszuwächse vor allem bei den niedrigen Einkommen aufträten. Sie steigt aber, wenn die Zuwächse eher den höheren als den niedrigen Einkommen zu Gute kommen. Abstrakt gesprochen: Das Konzept der „relativen Armut“, das den Berechnungen zu Grunde liegt, misst die Armutsgefährdung anhand der Ungleichverteilung der Einkünfte. Nimmt diese zu, steigt die Einkommensungleichheit und damit die Armutsgefährdung.

Die Entwicklung der Armutsgefährdung im Länder- und Zeitvergleich

Die Armutsgefährdungsquote von 15,2 % in Niedersachsen 2011 ist im Bundes- und Ländervergleich durchschnittlich (Tab. 1). Sie liegt geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (15,1 %), und die meisten westlichen Flächenländer weisen ähnlich Werte auf. Deutlich niedriger sind die Quoten in den ostdeutschen Flächenländern, am niedrigsten mit nur 11,3 % in Thüringen; umgekehrt treten sehr hohe Werte in den Stadtstaaten Hamburg (18,0 %) und Bremen (17,0 %) auf. Dieselbe Grundstruktur wies der Ländervergleich bereits im Vorjahr auf.

Bemerkenswert ist aber die zeitliche Entwicklung, die in Niedersachsen und in Deutschland in etwa parallel verläuft. Bis zum Jahr 2010 ergab sich eine bemerkenswerte Stabilität der Armutsgefährdungsquoten: sie stiegen mittelfristig nicht an, sondern lagen bis 2010 stets unter dem Niveau des Ausgangsjahres 2005. Das war bemerkenswert, weil damit ein jahrzehntelanger Trend zur sozialen Polarisierung gestoppt war. *2011 könnte eine erneute Trendwende bedeuten, denn in diesem Jahr stieg die Quote in Niedersachsen um 0,7 Punkte im Vorjahresvergleich. Ein solcher Anstieg war noch nie zuvor aufgetreten. Erstmals seit Beginn der Berechnungen lag die Quote höher als 2005.*

Von 2010 auf 2011 sank die Armutsgefährdungsquote nur in drei Ländern (Bremen, Sachsen und Thüringen); überall sonst nahm sie mehr oder weniger stark zu, am stärksten im Saarland (+ 1,4 Punkte) und in Berlin (+ 1,3 Punkte).

Im mittelfristigen Vergleich 2011 zu 2005 ergibt sich ein nur auf den ersten Blick heterogenes Bild: in acht Ländern sank die Quote, in acht anderen stieg sie mehr oder weniger stark an. Dabei trat eine ausgeprägte Regionalstruktur auf, denn Rückgänge gab es in allen sechs ostdeutschen Ländern sowie in Hessen und Bremen. Den stärksten mittelfristigen Rückgang gab es in der Bundeshauptstadt Berlin, trotz des Zuwachses von 2010 auf 2011.

Reichtumsquote bleibt nahezu unverändert

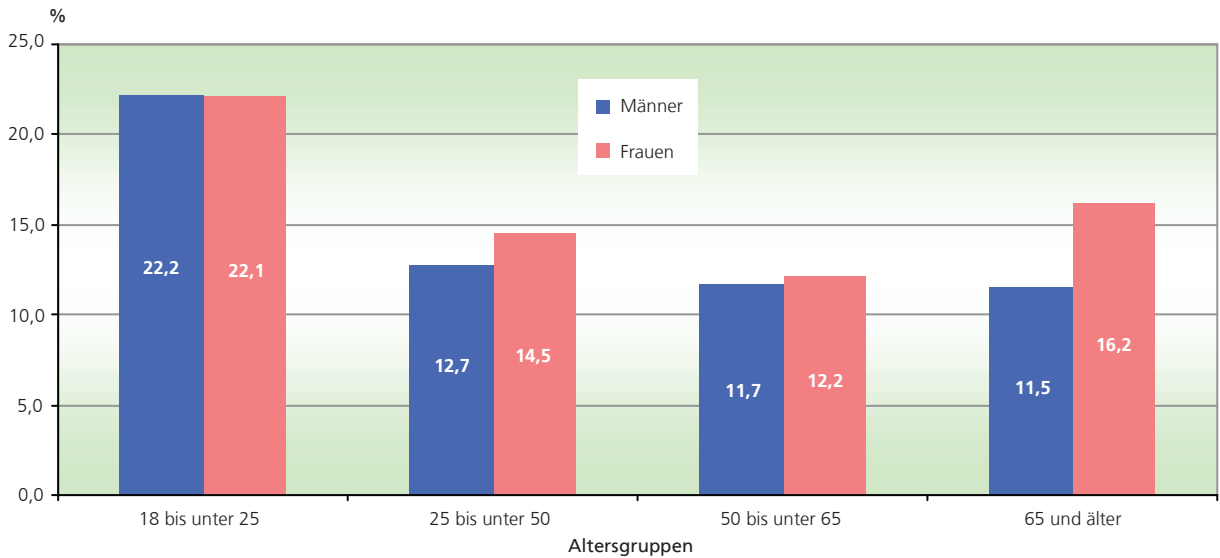
7,3 % der Niedersachsen konnten 2011 als „reich“ gelten, denn ihr Einkommen war mindestens doppelt so hoch wie das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen (Tab. 2). Die Reichtumsquote blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert, und sie liegt immer noch leicht unter dem Niveau des Jahres 2005. Im Bundesvergleich ist diese Quote relativ niedrig (Deutschland: 8,1 %), wobei es immer noch eine ausgeprägte Ost-West-Struktur gibt. Alle ostdeutschen Flächenländer weisen immer klar unterdurchschnittliche Reichtumsquoten auf, auch wenn dort insgesamt und mittelfristig eine allmähliche Zunahme der Reichtumsquoten auftritt; hier bildet sich über Jahre hinweg eine Schicht vermögender Einwohner. Hohe Reichtumsquoten weisen abermals die Stadtstaaten mit ihrer für Großstädte typischen sozialen Polarisierungsstruktur auf: Die Werte für Hamburg (9,8 %), Berlin und Bremen (jeweils 9,3 %) sind und bleiben deutlich höher als die der Flächenländer. Unter diesen hat Hessen mit 8,8 % den höchsten Reichenanteil.

Armutsgefährdung nach Lebenslagen und soziodemografischen Merkmalen

In welchen Lebenslagen und für welche sozialen Gruppen bestehen besonders große Armutsrisiken? Die niedersächsischen Ergebnisse für 2011 (Tab. 4) bestätigen einerseits bereits bekannte Strukturen, andererseits werden auch höchst bemerkenswerte Entwicklungen deutlich. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf diejenigen Gruppen oder Lebenslagen, in denen hohe Armutsgefährdungsquoten oder starke Veränderungen der Quoten auftreten.

Altersarmut nimmt zu, besonders für Frauen (Abb. 1): Die Armutsgefährdungsquote für Menschen über 65 Jahre stieg von 12,2 % (2005 und 2010) auf 14,1 %. Damit hat die Altersarmut zwar immer noch kein aktuell bedrohliches Ausmaß angenommen, aber sie steigt schnell an. Besonders gilt dies für die Frauen: Die Quote für ältere Frauen über 65 Jahre lag bei 16,2 % (Vorjahr: 13,7 %, ein Zuwachs von 2,5 Punkten) und damit deutlich über der Durchschnittsquote von 15,2 %. Die Ursache dafür liegt in unzureichenden Renten- und Versorgungsansprüchen vieler Frauen. Das Problem ist in

1. Armutsgefährdungsquoten nach Alter und Geschlecht in Niedersachsen 2011 (Regionalkonzept)



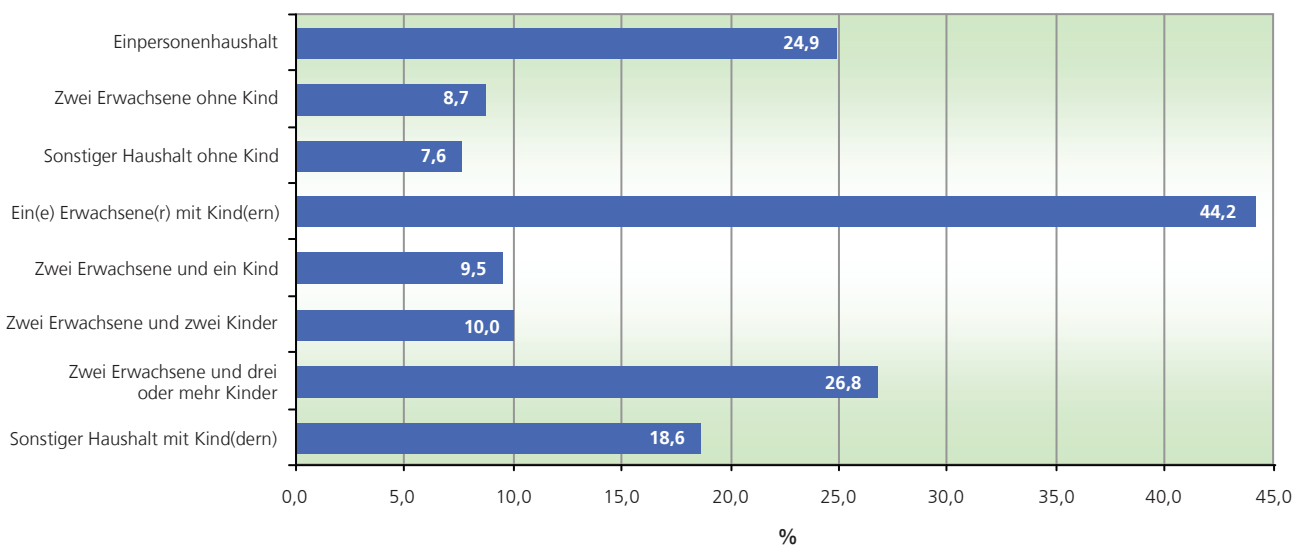
Niedersachsen offenbar relativ scharf ausgeprägt: Bundesweit lag die Armutsgefährdungsquote der Seniorinnen „nur“ bei 15,0 %.

Jedes fünfte Kind, jeder fünfte Jugendliche gilt als armutsgefährdet (Abb. 1): Noch höher lag 2011 die Armutsgefährdungsquote der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre. Sie stieg im Jahresvergleich von 19,4 auf 20,1 %. Dieser Wert liegt aber immer noch unter dem des Jahres 2005. Auch bei den jungen Erwachsenen (18 bis unter 25 Jahre) lag die Quote mit 22,2 % weiterhin hoch. Hier spielt fraglos die Ausbildungsphase, z. B. als Studentin oder Student, mit ihren relativ geringen Ein-

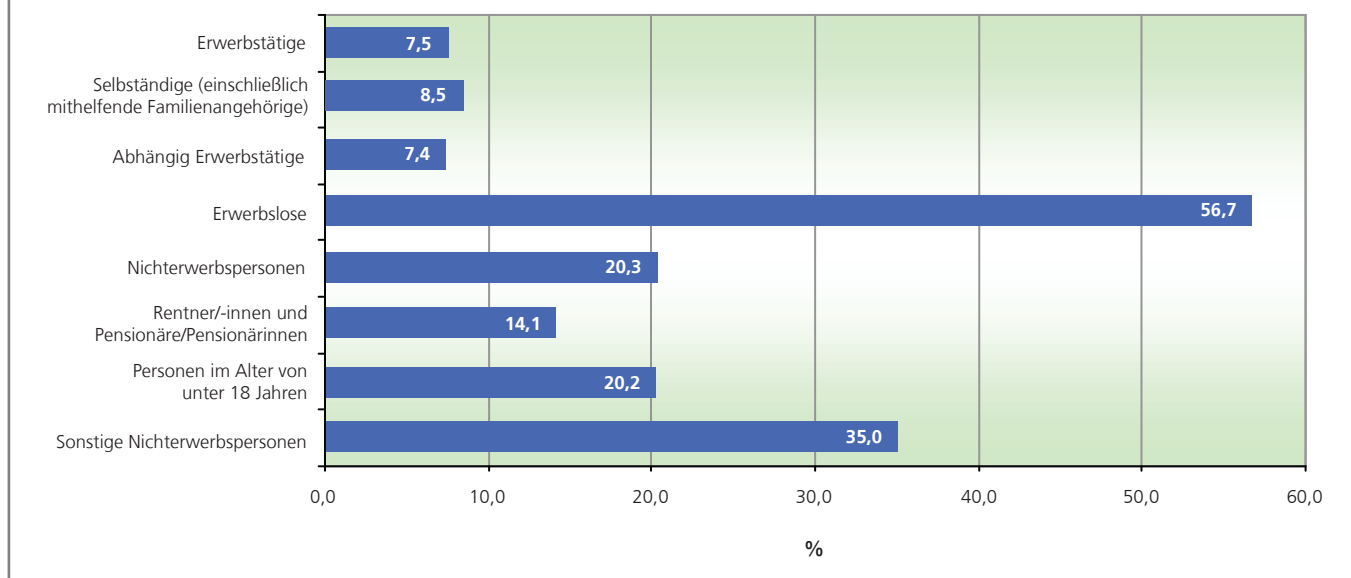
künften eine Rolle. Andererseits kann man erfreulicherweise feststellen, dass die Armutsgefährdung der Menschen im Alter von 25 bis 65 Jahren – also dem Alter, in dem man in der Regel erwerbstätig ist – nach wie vor relativ niedrig ist.

Frauen häufiger von Armut bedroht, Armutsquote der Männer und Frauen geht stärker auseinander (Abb. 1): Die Armutsgefährdungsquote der Frauen lag 2011 bei 15,9, die der Männer bei 14,4. Die Geschlechter liegen damit um 1,5 Punkte auseinander, wobei sich der Abstand in 2011 stark erhöht hat: In den Vorjahren lag er immer nur etwa bei einem Prozentpunkt.

2. Armutsgefährdungsquoten nach Haushaltstyp in Niedersachsen 2011 (Regionalkonzept)



3. Armutsgefährdungsquoten nach Erwerbsstatus in Niedersachsen 2011



44 % der Alleinerziehenden, 27 % der kinderreichen Familien sind armutsgefährdet (Abb. 2): Bei den Alleinerziehenden (und ihren Kinder) trat im Vorjahresvergleich ein sehr starker Anstieg von 39,9 auf 44,2 % (+ 4,3 Punkte) auf. Demgegenüber blieb die Quote bei den kinderreichen Familien mit drei oder mehr Kindern mit 26,8 % relativ stabil. Sowohl bei den Alleinerziehenden (Deutschland: 42,3 %) als auch bei den kinderreichen Familien (Deutschland: 23,0 %) lag der niedersächsische Wert deutlich höher als der Bundeswert. Die soziale Lage der Haushalte von zwei Erwachsenen ohne Kinder („Dinkies“: Double income, no kids“) mit einer Quote von 8,7 % und auch die der Ein- und Zwei-Kind-Familien (9,5 bzw. 10,0 %) bleibt andererseits günstig.

Mehr als die Hälfte der Erwerbslosen ist armutsgefährdet (Abb. 3): Die Erwerbslosigkeit ist zwar insgesamt gesunken, aber die Armutsgefährdung derjenigen, die trotz günstiger Konjunktur erwerbslos blieben, stieg im Vorjahresvergleich von 52,3 auf 56,7 %. Bundesweit lag die Quote sogar bei 58,7 %. Erwerbstätigkeit schützt nach wie vor ziemlich sicher vor Armut: Die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigen lag 2011 bei 7,5 % (2010: 7,4 %). Seit 2007 (seinerzeit 6,9 %) steigt aber die Gefährdungsquote der Erwerbstätigen Jahr für Jahr leicht an.

Geringe Qualifikation bedeutet ein erhöhtes und weiter steigendes Armutsrisiko: Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher eine nur geringe Qualifikation aufzuweisen hat, sind oft in schwierigen sozialen Lagen. Ihre Armutsgefährdungsquote lag 2011 bei 38,5 %, was gegenüber 2010 noch einmal eine Steigerung um 2,8 Punkte bedeutet. Umgekehrt haben Haushalte von Hochqualifizierten ein Armutsrisiko von nur 4,9 %.

Dieser Befund ist aus Landessicht von erheblicher Relevanz, denn der Anteil der Geringqualifizierten an der Bevölkerung ist in Niedersachsen relativ hoch, was zwei Indikatoren übereinstimmend zeigen (vgl. Tab. 5): Menschen mit relativ niedrigem Bildungsstand (Alter 25 bis 65 Jahre) haben in Niedersachsen einen Anteil von 14,3 % (Bund: 13,7) an der Bevölkerung. Niedersachsen liegt hier im Trend der „alten“ westlichen Bundesländer. Von größerem Gewicht ist der hohe Anteil früher Schulabgänger: Diese haben im Lande einen Anteil von 14,1 % an der entsprechenden Altersgruppe, in Deutschland insgesamt nur von 11,6 %. Da diese Menschen relativ jung sind, wächst hier das Potenzial einer neuen Armutsgeneration heran.

Armutsrisiko von Migranten und Ausländern geht zurück, bleibt aber hoch: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Quote: 35,5 %) sowie Menschen mit Migrationshintergrund (28,9 %) tragen ein deutlich überhöhtes Armutsrisiko. Erfreulicherweise gingen beide Quoten im Vorjahresvergleich (seinerzeit 36,7 bzw. 29,1) leicht zurück. Im langfristigen Vergleich zu 2005 sind sogar Abnahmen von 7,5 bzw. 4,3 Punkten zu verzeichnen. Die Armutsrisiken von Deutschen und Menschen ohne Migrationshintergrund nahmen demgegenüber kurz- und langfristig leicht zu.

Die Armutsrisikoquoten für Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund lagen 2010 in Niedersachsen aber deutlich höher als im Bundesgebiet, wo Werte von 31,9 % bzw. 26,6 % ermittelt wurden.

Hannover im Großstädtevergleich

Jeder fünfte Einwohner Hannovers gilt als armutsgefährdet: Im Jahr 2010 wies die Landeshauptstadt Hannover

5. Bildungsstand der Bevölkerung 2011 – Ergebnisse des Mikrozensus

Land	Personen mit niedrigem Bildungsstand ¹⁾			Frühe Schulabgänger ²⁾		
	25 bis unter 65 Jährige			18 unter 25 Jährige		
	%					
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männer	Frauen
Baden-Württemberg	15,0	11,7	18,3	9,9	9,9	9,9
Bayern	13,0	9,6	16,4	9,1	10,2	8,0
Berlin	15,6	15,1	16,1	13,1	15,0	11,2
Brandenburg	6,2	6,0	6,5	10,2	11,8	8,4
Bremen	19,9	17,4	22,5	17,2	/	/
Hamburg	15,1	14,6	15,5	13,2	15,4	11,0
Hessen	14,1	11,2	16,9	10,6	11,7	9,5
Mecklenburg-Vorpommern	6,9	6,8	7,0	9,9	10,9	8,8
Niedersachsen	14,3	11,8	16,8	14,1	14,5	13,7
Nordrhein-Westfalen	18,3	15,7	20,8	13,6	14,8	12,3
Rheinland-Pfalz	16,2	12,8	19,7	13,5	14,8	12,2
Saarland	16,4	12,7	20,1	15,4	18,4	/
Sachsen	4,0	4,0	3,9	7,7	7,9	7,5
Sachsen-Anhalt	5,8	5,7	6,0	12,9	14,0	11,6
Schleswig-Holstein	12,5	10,9	14,0	12,9	13,6	12,0
Thüringen	4,1	3,7	4,5	7,7	8,5	6,7
Deutschland	13,7	11,4	16,1	11,6	12,5	10,6

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt. - 2) Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit höchstens einem Abschluss im Sekundarbereich I (ISCED II) an der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren.

6. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ nach ausgewählten deutschen Großstädten

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt								Veränderung 2011 gg. 2005	Veränderung 2011 gg. 2010
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011			
	%							% - Punkte		
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	- 0,6	+ 1,3	
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1	17,4	+ 0,1	+ 0,3	
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9	18,1	+ 2,2	+ 0,2	
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6	16,2	- 2,2	- 0,4	
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9	14,2	+ 0,6	+ 0,3	
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6	20,5	+ 3,6	+ 1,9	
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5	19,4	+ 1,8	+ 1,9	
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6	19,5	+ 1,6	+ 1,9	
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	18,0	+ 0,6	+ 0,6	
Hannover	19,7	17,9	18,6	19,8	20,2	19,6	20,1	+ 0,4	+ 0,5	
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3	19,0	+ 0,9	+ 1,7	
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9	16,0	- 0,7	+ 0,1	
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0	18,5	+ 0,9	+ 0,5	
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9	18,2	+ 0,5	+ 0,3	
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6	20,8	+ 4,0	+ 2,2	

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

mit seinerzeit 19,6 % die höchste Armutsgefährdungsquote aller deutschen Großstädte auf. Diese Quote stieg 2011 um 0,5 Punkte auf 20,1 % (vgl. Tab. 6). Dennoch verlor Hannover seine negative Spitzenposition: Stuttgart (20,8 %) und Düsseldorf (20,5 %) wiesen 2011 höhere Werte auf. Damit liegen drei durchaus wohlhabende und in etwa gleichgroße – sie haben zwischen 520 000 und 608 000 Einwohner – Landeshauptstädte bezüglich der Armutsgefährdungsquoten bundesweit auf den ersten drei Plätzen – wohlgemerkt immer bei Zugrundelegung der jeweiligen regionalen Einkommensdurchschnitte. Auf Basis der bundesdurchschnittlichen Einkommensdurchschnitte und Armutsschwellen würden Leipzig, Dortmund und Duisburg auf den ersten Plätzen liegen. Dies gäbe aber ein verzerrtes Bild, weil die regional unterschiedlichen Mieten Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt würden. Die BA für Arbeit weist z. B. für den März 2012 deutlich höhere Unterkunft- und Heizungskosten für SGB II-Empfänger in Düsseldorf als für solche aus der Region Hannover, aus Dortmund oder Duisburg aus³⁾.

In der hohen Armutsrisikoquote Hannovers kommen auch sozialräumlich tief verfestigte Disparitäten zwischen reichen und armen Stadtteilen oder besser Quartieren zu Tage. Diese äußern sich unter anderem auch in gra-

3) Quelle: BA für Arbeit, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften März 2012. Der Bericht weist leider nur Daten für die Region, nicht aber für die Stadt Hannover aus. Daten für Stuttgart lagen der BA nicht vor.

vierenden Unterschieden bezüglich der Schullaufbahneempfehlungen für Kinder.

Hohe Quoten im städtischen Raum sowie in Südniedersachsen

Der Mikrozensus, die Datengrundlage aller hier vorgestellten Berechnungen, teilt das Land Niedersachsen in 11 „regionale Anpassungsschichten“. Diese regionalen Einheiten sind in der Regel groß genug, um statistisch signifikante Ergebnisse auch für eine Stichprobenerhebung zu erzeugen. Die Anpassungsschichten bestehen aus räumlich zusammenhängenden Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Die Region Hannover ist groß genug, dass sie sogar in zwei Anpassungsschichten unterteilt werden kann, nämlich die Landeshauptstadt und ihr Umland. Jeweils mehrere Anpassungsschichten bilden eine Statistische Region. Tabelle 7 enthält Daten von 2008 bis 2011 für Anpassungsschichten sowie für die vier Statistischen Regionen (die ehemaligen Regierungsbezirke) Niedersachsens. Regionale Veränderungen der Armutsgefährdungsquoten sind der Tabelle zwar zu entnehmen, aber auf Grund des mathematischen Stichprobenfehlers nur mit großer Vorsicht und Zurückhaltung zu interpretieren; allenfalls ein gewisser Trend ist erkennbar.

Die regionalen Grundstrukturen sind deutlich: Die relativ dicht besiedelten und von Großstädten geprägten Statis-

7. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)

Anpassungsschicht/Statistische Region		2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 gg. 2008
		%				%-Punkte
Ostniedersachsen	KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,8	15,0	15,8	15,9	+ 2,1
Südniedersachsen	LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	16,0	13,2	15,5	17,1	+ 1,1
Statistische Region Braunschweig		14,8	14,7	15,7	16,4	+ 1,6
Hannover, Landeshauptstadt	KS Hannover	19,8	20,2	19,6	20,1	+ 0,3
Hannover, Umland	Umland Hannover	15,5	15,7	14,5	14,6	- 0,9
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	13,2	14,6	15,6	14,5	+ 1,3
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,7	15,9	14,4	15,2	+ 0,5
Statistische Region Hannover		16,2	16,8	16,4	16,4	+ 0,2
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	14,0	13,6	12,8	14,6	+ 0,6
Nordostniedersachsen	LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Heidekreis, LK Verden	15,5	13,9	14,6	15,2	- 0,3
Statistische Region Lüneburg		14,2	13,6	13,6	15	+ 0,8
Ostfriesland-Nordseeküste	KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	14,1	12,8	12,8	13,0	- 1,1
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	12,7	12,8	12,7	13,6	+ 0,9
Westniedersachsen	KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	13,7	13,1	12,0	13,1	- 0,6
Statistische Region Weser-Ems		13,6	13,0	12,5	13,3	- 0,3

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

tischen Regionen Braunschweig und Hannover weisen mit jeweils 16,4 % deutlich höhere Armutsgefährdungsquoten auf als die eher ländlich geprägten Statistischen Regionen Lüneburg (15,0 %) im Norden und Weser-Ems (13,3 %) im Westen des Landes.

Nur in 3 von 11 Anpassungsschichten findet man Armutsgefährdungsquoten, die höher liegen als der Landesdurchschnitt von 15,2 %. Dies sind in dieser Reihenfolge die Landeshauptstadt Hannover (20,1 %), Südniedersachsen (17,1 %) sowie Ostniedersachsen (15,9 %). Damit bestätigt sich die (nicht neue) Erkenntnis, dass schärfere soziale Disparitäten im südniedersächsischen Berg- und Hügelland mit seiner bekannten wirtschaftlich und demographisch eher negativen Entwicklung sowie im städtischen Raum (Hannover und Raum Braunschweig) auftreten.

Im regionalen Vergleich niedrige Quoten gibt es in Ostfriesland und im Oldenburger Raum und in Westniedersachsen. Auffällig ist auch, dass das recht wohlhabende Umland der Landeshauptstadt Hannover eine Quote aufweist, die mit 14,6 % um 5,5 Prozentpunkte unter der der Landeshauptstadt liegt.

Warum steigt die Armutsgefährdungsquote trotz guter Konjunktur?

Die Armutsgefährdungsquote ist – erstmals seit 2005 – deutlich angestiegen. Dies Ergebnis steht scheinbar im Widerspruch zu anderen Erkenntnissen: Die Einkommen sind im Schnitt um 3,3 % gestiegen; auch die Brutto-

monatsverdienste der Vollzeitbeschäftigten stiegen um 3,3 %; die Preise steigen zugleich nur um 2,3 %; die Arbeits- und Erwerbslosigkeit nahm ab; die Zahl der SGB II-Empfänger ging zurück. Warum nahm trotzdem die Armutsgefährdungsquote nicht ab?

Methodisch muss man sich erneut (siehe oben) klarmachen, dass dieser Berechnung das Konzept der „relativen Armut“ zugrunde liegt. Dies Konzept misst letztlich immer das Ausmaß der Ungleichverteilung von Einkommen und damit das Ausmaß der „sozialen Schere“ zwischen reich und arm. Von den Einkommensgewinnen des Jahres 2011 profitierten durchaus auch die „Mittelschichten“, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In einigen Branchen wurden deutliche Verdiensterhöhungen vereinbart, zugleich nahm die Arbeitslosigkeit ab. Viele der neuen Jobs sind aber Mini- oder Teilzeitjobs, die Verdienstzuwächse der unteren Lohngruppen und der Teilzeitbeschäftigten waren unterdurchschnittlich.

Zahl und der Anteil der Menschen, die von den Zuwächsen wenig oder nicht profitierten, haben sich 2011 erhöht. Der Abstand zwischen den vielen, die von der guten Konjunktur profitierten, und den gut 15 %, die davon kaum profitierten und die in ihrem Lebensstandard daher weit unter dem Durchschnitt der Bevölkerung liegen, hat sich erhöht. Wenn zu viele Menschen sich aufgrund zu geringer Einkünfte ausgeschlossen und ausgegrenzt fühlen, gefährdet dies letztendlich den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Staat und Zivilgesellschaft werden sich vor allem kümmern müssen um Erwerbslose, Alleinerziehende und Geringqualifizierte sowie in zunehmendem Maße um alte Menschen.